

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 18 - 21.8.46

Die CDU und die Wahlen im Osten

=====

Informationen aus der Praxis einer Pseudo-Demokratie

Von unserem Berliner KH-Mitarbeiter

Nach Gerüchten, die seit einiger Zeit in Berlin und der sowjetischen Zone unliefen, soll Jakob Kaiser, der Vorsitzende der CDU, gedroht haben, seine Partei in den von den Russen besetzten Gebieten aufzulösen, wenn sie nicht ungehindert ihre Vorbereitungen für die Gemeindewahlen treffen könne. Die Wahlen sind für den 15. September festgesetzt.

Jakob Kaiser erklärte zu diesen Gerüchten, er lege den grössten Wert darauf, dass die Wahlen in der russischen Zone nach wahrhaft demokratischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. In diesem Sinne sei er im Einheitsausschuss der antifaschistisch-demokratischen Parteien und auch bei dessen Verhandlungen mit den anderen zuständigen Stellen tätig.

Man kann diese Erklärung Kaisers nehmen, wie man will, ein Dementi der Gerüchte ist es nicht. Auf eine Anfrage bei der Pressestelle der CDU wurde erklärt: Die CDU habe keine Lust, sich bei den Wahlen Zwangsmassnahmen oktroyieren zu lassen, die nicht mit den Grundsätzen der Partei im Einklang ständen. Diese Verlautbarung ist eher eine Bestätigung der Gerüchte.

Welches sind nun diese Zwangsmassnahmen, denen sich die CDU fügen sollte? Die Wahlordnung sieht vor, dass jede Partei nur an den Orten Kandidaten aufstellen darf, an denen sie eine Ortsgruppe besitzt. Das würde bei der CDU - nach der Darstellung der CDU-Pressestelle - nur etwa bei einem Drittel der Gemeinden der Sowjetzone der Fall sein. Die CDU versuchte nun auch an anderen Orten Ortsgruppen zu bilden. Das führte zu Angriffen der SED-Presse, die der CDU vorwarf, ihre Agitation an die früheren Nazis zu richten, um diese als Mitglieder zu werben. Es war klar, dass die SED, die selbst sich eifrigst um die Nazis bemüht, in den restlichen zwei Dritteln des Landes konkurrenzlos die Wahlstimmen einzuheimsen gewillt war.

Die SED hat es aber auch nicht fertig gebracht, sich an jedem Ort zu organisieren, und nicht überall sind ihre Vertreter beliebt, wo ihr die Bildung einer Ortsgruppe gelang. Die führenden Vertreter der SED sind zum Teil so korrupt, dass sie kaum der Partei wählerstimmen zuführen würden. So kam es zu den sogenannten unpolitischen Listen, von denen es in Sachsen allein fünf gibt: Die Frauenausschüsse, die Jugendgruppen, die gegenseitige Bauernhilfe, der FDGB und der Kulturbund. Die SED hat ohne Scham erklärt, dass ihre Vertreter auch auf diesen Listen

kandidieren werden. Das heisst in der Praxis der politischen Arbeit in dieser Zone, dass die SED alle Kandidaten dieser Listen stellen wird, nicht immer Parteimitglieder, aber in jedem Falle zuverlässige Mitglieder, die meist als Beamte oder Inhaber gut bezahlter Posten sich das Wohlwollen der SED als Regierungspartei zu erhalten bestrebt sein müssen.

Grundsätzlich ist die CDU, wie aus einer Auskunft hervorgeht, die die Pressestelle der Union dem Berichtersteller gab, nicht bereit, ihre Kandidaten auf diese Listen zu setzen. Aber sie wird bemüht sein, zu erreichen, dass dort, wo sie keine Ortsgruppe hat, ihre Vertrauensleute auf die Liste der "unpolitischen" Organisationen kommen. Allerdings wird sie dann in der Plazierung vom Wohlwollen der SED abhängig sein. Das Wahlergebnis kann man sich denken. Es wird alles andere als demokratisch sein und wird mit dem politischen Willen der Bevölkerung nichts mehr zu tun haben.

Orte unter 200 Einwohnern wählen nach der Wahlordnung überhaupt nicht. In einer Gemeindeversammlung müssen die Wahlberechtigten offen ihre Stimme abgeben. Wie diese Meinung aussieht, kann man sich bei dem Druck der SED auf die Öffentlichkeit vorstellen. Diese Orte unter 200 Einwohnern umfassen allein ungefähr zwei Drittel der dörflichen Einwohner.

Bisher sind CDU und LDP mit der SED im antifaschistischen Block durch dick und dünn ohne wesentlich eigene Meinung zusammengegangen. Nun merkt die CDU zum ersten Male, welche Konsequenzen das hat. Jakob Kaiser wird sicher weitgehende Zusicherungen erhalten und zufrieden sein, wenn ihm die Besatzungsbehörde einige Konzessionen macht. Die LDP scheint an den Wählern in den kleinen Orten uninteressiert zu sein. CDU und LDP hoffen auf die Stimmen der Unzufriedenen, unter denen auch die Sozialdemokraten sich befinden werden. Die Haltung dieser beiden Parteien aber ist alles andere als demokratisch, ganz abgesehen von der grundsätzlichen politischen Überzeugung.

Heinrich Fischer spricht aus London

Von unserem Londoner W.St.-Mitarbeiter

In jeder Woche ist mehrere Male in der Deutschen Sendung des Londoner Rundfunks eine besonders wohltonende, weichklingende Männerstimme vernehmbar, die meist Betrachtungen hören lässt, die sich durch besonders gepflegtes Deutsch auszeichnen. Es ist die Stimme des seit mehr als fünf Jahren an dieser Stelle tätigen Kommentators und Regisseurs Heinrich Fischer.

Vieler seiner Hörer mag zuweilen eine Erinnerung aufgestiegen sein, dieses Organ schon früher, vor vielen Jahren, regelmässig im Rundfunk, aber auf ganz anderer Wellenlänge, vernommen zu haben. Damals tönte diese Stimme über den Prager deutschen Sender, an dem Fischer von 1934 bis 1939 als Hauptspielleiter tätig war.

Heinrich Fischer, der am 22. August seinen 50. Geburtstag begeht, ist Sudetendeutscher und hat in den Jahren vor 1933 im deutschen Theater- und Kulturleben eine wesentliche Rolle gespielt. Zu Beginn der zwanziger Jahre war er Dramaturg bei Berthold Viertel's "Truppe", ging dann in gleicher Eigenschaft für einige Jahre ans Münchener Schauspielhaus und trat 1928 in Berlin in die Direktion des "Theater am Schiffbauerdamm" ein, das zu dieser Zeit zu einem Vorkämpfer für die junge deutsche Dramatik wurde.

Unter Heinrich Fischers Leitung wurden an dieser Bühne zahlreiche Stücke uraufgeführt, die von hier aus ihren Weg zu vielen anderen deutschen und ausländischen Theatern fanden, so vor allem die "Dreigroschenoper" von Bert Brecht, "Feuer aus den Kesseln" von Ernst Toller, "Italienische Nacht" von Horvat und "Eul und die Detektive" von Erich Kästner. Es waren Aufführungen, die einen Höhepunkt deutscher Bühnenkunst bedeuteten und die trotz des dazwischen liegenden Weltgeschehens bis zum heutigen Tage unvergessen sind.

Nicht nur auf dem Gebiete des Theaters hat Heinrich Fischer damals befruchtend gewirkt. Er gehörte zu den Mitarbeitern an Franz Pfepperts "Aktion" und an Siegfried Jacobsohns "Weltbühne". 1928 liess er unter dem Titel "Die Vergessenen" eine Anthologie deutscher Lyrik des 17. und 18. Jahrhunderts erscheinen, die zu den besten ihrer Art gehört. Fischer hat diese Arbeit unmittelbar nach Beendigung des ersten Weltkrieges in Angriff genommen und ihr einen pazifistischen Charakter gegeben. Viele der von ihm der Vergessenheit entrissenen Gedichte sind während und nach dem Dreissigjährigen Kriege entstanden. Sie spiegeln das Leid und das Elend einer Zeit, die der heutigen sehr ähnlich ist und viele Gedichte wirken, als wenn sie in unseren Tagen und nicht vor 300 Jahren entstanden seien.

1931 gab Heinrich Fischer in Berlin die Theater-Zeitschrift "Unbeschränkt" heraus und drei Jahre später, als er bereits Deutschland verlassen hatte, veröffentlichte er sein Buch "Karl Kraus und die Jugend". Diesen grossen Wiener Dichter und Satyriker hat Fischer von 1923 an besonders nahe gestanden. Als Karl Kraus vor zehn Jahren seine Feder für immer aus der Hand legte, hat er Heinrich Fischer zusammen mit Professor Karl Jaray zu alleinberechtigten Herausgebern seiner Werke eingesetzt. Dem Andenken des toten Freundes hat Fischer viele in den letzten Jahren veröffentlichten Artikel gewidmet.

In einigen Monaten wird in Pegasus-Verlag in Zürich, ein neues Buch Fischers erscheinen, das den Titel "Hier spricht England" führen und eine Auswahl der wichtigsten deutschen Sendungen des Londoner Rundfunk und eine Darstellung der englischen Propaganda enthalten soll.

Um die Dardanellen

Aus der politischen Geschichte der Meerengen

Von Paul Jorner

Eine Note der Sowjetunion an die Türkische Regierung in Ankara und eine Reihe von Presseäusserungen vor allen in der "Prawda" und in der "Iswestija" haben den seit Jahrhunderten währenden Kampf um die Dardanellen und den Bosphorus erneut aufgenommen. Der Vertrag von Montreux, der 1936 zwischen Grossbritannien, Russland, Frankreich, Bulgarien, Griechenland, Japan, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei abgeschlossen wurde, soll revidiert werden, die Sowjetunion wünscht den Ausschluss der Mächte aus dem Vertrag, die nicht am Schwarzen Meer liegen und wünscht, dass sie gemeinsam mit der Türkei die Meerengen militärisch bewache. Das ist der Kern von Auseinandersetzungen, die jetzt entstanden sind und die zeitweise selbst die Ereignisse auf der Pariser Friedenskonferenz überschatteten.

Die Politik der Sowjetunion, die auf die Meerengen gerichtet ist, ist nicht neu in Verhältnis Russlands zur Türkei. Im Grunde geht sie zurück auf eine Konzeption Peters des Grossen, der vielleicht als erster russischer Politiker begriffen hatte, welche Bedeutung der Ausgang aus dem Schwarzen Meer für ein wachsendes und in die Weltpolitik hineinreichendes russisches Reich haben müsste. Über dem Eingangstor der Festung Sewastopol standen, als die Festung noch nicht zerstört war, die Worte: "Das Tor nach Konstantinopel". Es ist der Weg nach Konstantinopel, nach Istanbul, wie die Stadt am Goldenen Horn jetzt heisst, den die russische Politik seit Peter dem Grossen in verschiedenen Variationen immer von Neuem eingeschlagen hat. Der Pariser Friede, der 1856 den Krimkrieg beendete, setzte ihren Bestreben zwar eine fast unübersteigbare Grenze, weil den Russen die Existenz einer Kriegsflotte im Schwarzen Meer untersagt wurde, hat aber den Willen und Drang zum Mittelmeer und zu einem freien Zugang zu den Weltmeeren nicht zu töten vermocht. Bereits 1871 erreichten die Russen eine Lockerung der ihnen im Schwarzen Meer auferlegten Fesseln. Sie konnten im türkisch-russischen Krieg (1877-1878) die Meerengen und Istanbul nicht erobern, haben aber damals aller Welt auf das Deutlichste gezeigt, dass sie sich von ihrem Ziel nicht abbringen lassen würden. Im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts hat der Berliner Kongress eine umfangreiche Diskussion der Meerengenfrage ermöglicht, ohne dass eine Lösung erzielt wurde und 1911 hat Iswolski, 1915 Sassonow die Forderung nach unmittelbarer russischer Teilnahme an der Verwaltung der Meerengen erneut erhoben.

Die damals von der russischen Aussenpolitik gefundene Formulierung ist in ganzen auch heute noch gültig. Die russische Aussenpolitik erhob damals den Anspruch auf Konstantinopel, auf die Meerengen und auf einen Streifen Landes beiderseits der Wasserarme. Der erste Weltkrieg hat zwar diese russischen Wünsche erneut in die theoretische Erörterung gebracht, nicht aber zu einer praktischen Lösung führen können, obwohl die Türkei sich des Schutzes der Westmächte wegen der Beteiligung an der Seite Deutschlands und ihrer Niederlage nicht mehr erfreuen konnte.

Es war insbesondere die klare Haltung Kemal Atatürks und die einmütige Zustimmung, die es ermöglichten, dass die Türkei in Vertrag von Lausanne die Grenzen des Bukarester Friedens von 1912 zurückgewann, also auch die ehemalige Hauptstadt Konstantinopel, die inzwischen durch Ankara abgelöst war und die Meerengen. Die Durchfahrt wurde für frei erklärt und ihre Kontrolle dem Völkerbund unterstellt. Befestigungen durften an den Meerengen nicht angelegt werden. Die Türkei sah sich damals in ihrer Souveränität beschränkt und forderte die Revision des Lausanner Vertrages, der 1924 abgeschlossen worden war. Sie wurde 1936 in Montreux erreicht. Kriegsschiffe durften danach die Engen nur durchfahren, wenn sie den Kriegsflotten der Mächte am Schwarzen Meer angehörten. Handelsschiffe sollten freie Durchfahrt erhalten, im Kriege jedoch nur dann, wenn sie unbewaffnet waren und keine Ladung an Bord führten, die einen Krieg führen oder nützlich sein könnte. Es war kein Zweifel, dass diese Bestimmungen den Wünschen der Sowjetunion und der Türkei näher kamen.

Die sowjetische Politik hat gegenüber der Türkei immer wieder betont, dass die Forderungen, die die Meerengen betreffen, kein Eingriff in die Rechte eines souveränen Staates sein sollten, sondern dass es sich für die Sowjets darum handle, den Weg in das Weltmeer frei zu bekommen. Andererseits bestand und besteht ein britisches Interesse daran, den durch das Mittelmeer führenden Weg nach Indien nicht aus der Flanke zu gefährden. Dies war der hauptsächlichste Anlass für die britische Politik, sich an der Meerengenfrage immer wieder zu interessieren. Bei allen Zusammenkünften britischer und russischer Staatsmänner, die während des zweiten Weltkrieges stattgefunden haben, spielte nach englischen Berichten die Meerengenfrage eine Rolle; so in der Aussenministerkonferenz im Oktober 1943 in Moskau und so auch auf den Konferenzen von Teheran 1943, Yalta 1945 und Potsdam 1945. Die Vereinigten Staaten zeigten ein lebhafteres Interesse als jemals vorher für diese Frage und beteiligten sich an diesen Gesprächen um die Meerengen, die damals wohl mit der türkischen Stellung zu den Kriegführenden zusammenhing.

Als das sowjetische Aussenministerium zu Beginn des Jahres 1945 den am 17. Dezember 1925 abgeschlossenen türkisch-russischen Freundschafts- und Neutralitätspakt kündigte, war dieser Vorwand nur das Ergebnis zahlreicher russischer und alliierter Vorwürfe an die Türkei, sie habe während des zweiten Weltkrieges die Neutralität der Meerengen nicht geschützt und deutschen Schiffen mit Kriegsgut die Durchfahrt erlaubt, ein Vorwurf, den auch Eren, damals Aussenminister, im Juni 1944 in Unterhaus erhob. Die russische Aussenpolitik liess keinen Zweifel darüber, dass die Kündigung des Freundschaftsvertrages der Auftakt zu einer neuen Erörterung des Dardanellen-Themas sein müsste.

Nach Beendigung des Krieges wurde das Thema in Potsdam zwischen den Alliierten besprochen, und es ist damals beschlossen worden, dass die Grossmächte gemeinsam bei der Türkei vorstellig würden, um eine Revision des Vertrages von Montreux zu erreichen. Im November 1945 haben die Vereinigten Staaten und Grossbritannien der Türkei entsprechende Vorschläge unterbreitet und Anfang Dezember erklärte die türkische Regierung ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über eine Neuregelung der Dardanellenfrage einzutreten. Sie betrachtete als Verhandlungsgrundlage den Vorschlag der Vereinigten Staaten, dem auch die briti-

sche Regierung zugestimmt hatte. Dieser Vorschlag sah vor: freie Durchfahrt in Krieg und Frieden für die Handelsschiffahrt aller Nationen, freie Durchfahrt für die Kriegsschiffe der Sowjetunion, Rumänien, Bulgariens und der Türkei (Schwarzmeer-Staaten), freie Durchfahrt für die Kriegsschiffe anderer Nationen unter der Bedingung, dass die vier genannten Mächte ihre Zustimmung geben, dass die Durchfahrt im Auftrag der Vereinten Nationen erfolgt und dass der Tonnengehalt der Kriegsschiffe eine noch zu bestimmende Grenze nicht überschreitet.

Die russische Note an die Türkei geht über diese Forderungen der amerikanischen Anregungen hinaus und schlägt die Regelung des Status der Meerengen als eine Angelegenheit vor, die nur die Mächte des Schwarzen Meeres angehe, also Frankreich, Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und andere Mächte, die zum Teil noch den Vertrag von Montreux zeichneten, ausschliesst. Die russische Note fordert ferner, dass die Türkei und die Sowjetunion gemeinsam die Mittel der Verteidigung der Meerengen organisieren sollen.

Diese sowjetischen Vorschläge stehen nun zur Diskussion und zur Entscheidung. Die Türkei hat sich bisher grösste Zurückhaltung auferlegt. Ihr Ministerpräsident Redjep Peker hat am 14. August im Parlament in Ankara erklärt, dass das Land seine Souveränität verteidigen und sichern werde und dass es die geltenden internationalen Abmachungen als bindend betrachte. Er erinnerte an das Bündnis mit Grossbritannien und sagte nach einer Reuter-Meldung, "dieses Bündnis werde wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft der Hauptfaktor der türkischen Aussenpolitik sein." Indessen haben sich die sowjetischen Vorwürfe gegenüber der Türkei vermehrt und verschärft, sie behaupten, die Türkei habe während des Krieges mit dem Gedanken gespielt, sich am Kampf gegen Russland zu beteiligen, um die kaukasischen Ölfelder zu erwerben. Der sowjetische Druck wird eine Erörterung der Meerengenfrage unter den Alliierten und zusammen mit der Türkei in naher Zukunft notwendig machen. Ohne Phrophezeiung wagen zu wollen, kann gesagt werden, dass ein neuer Kompromiss gefunden werden dürfte.

Ruhreierung ohne CDU

spd. Am meisten erstunt und überrascht über das Ergebnis der Verhandlungen zur Bildung einer Regierung des neuen Staates Nordrhein-Westfalen war die CDU selbst, als sie nämlich feststellen musste, dass sie kurzerhand unberücksichtigt blieb. Wie war es dazu gekommen?

Der erste Protest der CDU gegen die Regierungsbildung erhob sich, als Dr. Anelunxen, der parteilos ist, mit der Führung des neuen Kabinetts beauftragt wurde. Diesen Posten hatte die CDU für sich beansprucht. Dann verlangte sie das Innen- und das Wirtschaftsministerium und mindestens noch einen weiteren Ministersitz für sich. Das Zentrum, das sich in Nordrhein-Westfalen neu gebildet hat und eine bedeutende Konkurrenz für die CDU ist, sollte nur einen Sitz erhalten, die Sozialdemokraten sollten auf unwichtige Posten zurückgedrängt werden. Man tat in der CDU so, als sei das gewiss katholische Rheinland-Westfalen

zugleich und wegen seiner katholischen Bevölkerung; die Domäne der CDU. Das ist überhaupt die entscheidende Täuschung, die die CDU überall vorzunehmen versucht, dass sie sich und eine christlich oder kirchlich betonte Bevölkerung als eine Einheit bezeichnet. Alle politischen Parteien, das Zentrum eingeschlossen haben gegen diese Annassung protestiert und in einer Entschliessung; und durch die Tat bezeugt, dass sie auch ohne CDU eine lebensfähige, arbeitsfähige und alle Schichten der Bevölkerung vertretende Regierung; zu bilden in der Lage sei.

Es ist das Ergebnis dieses Ereignisses in Nordrhein-Westfalen, dass die CDU als eine Rechtspartei, als das Sammelbecken der ehemaligen Deutsch-Nationalen und ihrer politischen Freunde gekennzeichnet ist. Damit erfährt sie Charakterisierung, die ihr nach ihrem politischen Verhalten und nach ihrer Zusammensetzung zukommt.

Heimat- Deutschland
=====
Von Fritz Groseck

Alle Liebe fliesst durch dich
Mir zu.
Immer ist ein Glanz um dich-:
Du!

Wo ich wirke, wand're, sä,
Hier und weit,
Selig spür ich deiner Näh
Ewigkeit!

Was du tönst in Melodie
Trägt die Zeit.
Was du schaffst zur Harmonie
Adelt Leid!

Deine Fluren, ernst und hell,
Wehn zurück,
Schweren Ringens Freudenquell-:
Wahres Glück!

Was an Schönheit sich verschenkt
Für und Für,
Wird in meine Seel' gelenkt,
Strömt von Dir!

Alles Leben fliesst durch dich
Mir zu.
Haller ist ein Kinn; um dich-:
Du!